



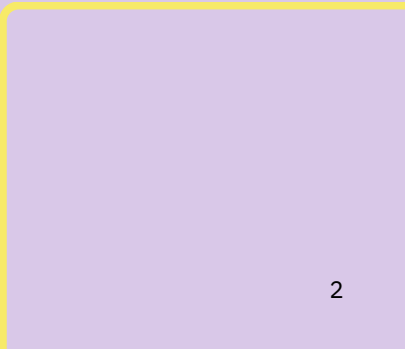
# Plan A Deutschland: digitale Potenziale für eine attraktive postmigrantische Gesellschaft

Özgür Özvatan beim Digital Democracy Day 2025



# Inhalt



- 
- 
- |           |   |           |
|-----------|---|-----------|
| <b>1.</b> | <b>Vorwort</b>  | <b>3</b>  |
| <b>2.</b> | <b>Impulsvortrag: Özgür Özvatan beim Digital Democracy Day 2025</b> | <b>4</b>  |
| <b>3.</b> | <b>Interview: Özgür Özvatan im Gespräch</b>                         | <b>7</b>  |
| <b>4.</b> | <b>Impressum</b>  | <b>13</b> |
- 

Beim ersten **Digital Democracy Day von Zukunft D** am 6. November 2025 hielt **Dr. Özgür Özvatan** einen Impulsvortrag zum Thema „Plan A Deutschland“. In seinem Beitrag zeigte er, dass Fragen von Migration, Digitalisierung und demokratischer Zukunftsplanung zusammen gedacht werden müssen – besonders wenn es um die politische Teilhabe junger Menschen in einer postmigrantischen Gesellschaft geht.

Der Digital Democracy Day ist ein Projekt von **Zukunft D**, einer neuen Initiative zur Stärkung der Demokratie in einer digitalisierten, vernetzten Gesellschaft. Getragen von AlgorithmWatch, aula, Liquid Democracy, der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa und Wikimedia Deutschland, ermöglicht Zukunft D den Aufbau demokratischer Digitalkompetenzen, Wissensaustausch und bundesweite Vernetzung. Die Initiative steht für mehr Teilhabe, gerechte Zugänge zu Informationen, sichere Daten, öffentliche digitale Infrastrukturen, transparente Entscheidungsprozesse und offene Datenzugänge.

Özgür Özvatan, geboren 1985, ist Politikwissenschaftler und Soziologe mit Schwerpunkt Gesellschaftsforschung, insbesondere Integrations-, Extremismus-, Umwelt- und Demokratieforschung. Empirisch untersucht er, wie Zugehörigkeit entsteht, wie politische Lern- und Polarisierungsprozesse verlaufen und was gesellschaftlichen Zusammenhalt – online und offline – stärkt oder unter Druck setzt.



© Jason Ekvirdi

Mehr Informationen  
zum Projekt sind hier  
zu finden:

[Zur Website](#)

[www.zukunftd.org](http://www.zukunftd.org)

# Plan A Deutschland: digitale Potenziale für eine attraktive postmigrantische Gesellschaft

Özgür Özvatan

Die Idee von „Plan A Deutschland“ ist direkt aus der Datenlage entstanden. Denn seit einigen Jahren zeigt sich deutlich, dass vor allem rassifizierte Menschen – also BIPOC und Personen mit Migrationshintergrund – eine erhöhte Motivation zur Abwanderung entwickeln. Für ein Land, das sich spätestens seit 2005 als Einwanderungsland versteht, ist diese Entwicklung alles andere als erfreulich. Sichtbar wird sie besonders in alltäglichen Gesprächen, in denen gefragt wird: „Was ist dein Plan B? Oder C, D, E, F?“ Gemeint ist fast immer die Möglichkeit, Deutschland zu verlassen, und diese Überlegung bezieht sich maßgeblich auf die Bedrohung vom rechtsextremen Rand.

Für viele Menschen, die historisch oder aktuell Rassismus erfahren, stellt die gegenwärtige Lage eine so konkrete Gefahr dar, dass aus ihr die Abwanderungsmotivation entsteht. Eine Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung bestätigt diese Tendenz: Besonders von Rassismus betroffene Gruppen denken häufiger über Wegzug nach.[1] Dabei zeigt sich eine zweistufige Logik: Sollte die AfD im eigenen Bundesland Regierungsverantwortung übernehmen, ziehen viele zunächst einen innerdeutschen Umzug in Betracht; reicht das nicht aus, folgt als weiterer Schritt die Auswanderung. Aus wissenschaftlicher Perspektive ist das eine ernsthafte strukturelle Bedrohung für Deutschland als Migrationsgesellschaft.

## Abwanderung als Bedrohung

Deutschland hat aufgrund des demografischen Wandels einen besonders hohen Migrationsbedarf. Das kommt für niemanden überraschend – seit den Neunziger-, Nuller- und Zehnerjahren wurde regelmäßig darauf hingewiesen, dass die deutsche Gesellschaft immer älter wird. Heute spüren wir die Folgen genau dieser Entwicklung. Auch der Sachverständigenrat für wirtschaftliche Entwicklung weist seit Jahren darauf hin, dass Deutschland jährlich rund 400.000 zuwandernde Menschen netto benötigt.[2]

[1] Zajak, S., Best, F., Pickel, G., Quent, M., Römer, F., Steinhilper, E. & Zick, A. (2024): Ablehnung, Angst und Abwanderungspläne. Die gesellschaftlichen Folgen des Aufstiegs der AfD. DeZIM Data.insights Nr. 14. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).  
[2] Fuchs, J., Söhnlein, D. & Weber, B. (2021): Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2060. Demografische Entwicklung lässt das Arbeitskräfteangebot stark schrumpfen. IAB-Kurzbericht Nr. 25. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Online verfügbar unter: [doku.iab.de/kurzber/2021/kb2021-25.pdf](https://doku.iab.de/kurzber/2021/kb2021-25.pdf)

Rechnet man die durchschnittliche Abwanderung der letzten Jahre hinzu – etwa 1,1 Millionen Menschen pro Jahr –, ergibt sich ein tatsächlicher Gesamtbedarf von rund 1,5 Millionen Zuwandernden jährlich.[3] In einigen der vergangenen Jahre konnten wir diese Zahlen erreichen, doch es ist keineswegs garantiert, dass dies dauerhaft gelingt. Eine solche Zuwanderung ist allerdings notwendig, um Wohlstand und Funktionsfähigkeit des Landes zu sichern – insbesondere wenn zwischen 2035 und 2040 rund die Hälfte der Beschäftigten in Rente gehen wird. Wir können natürlich auch sagen: Wir brauchen den Wohlstand nicht. Aber das würde nicht nur den gesamten Plan A infrage stellen, sondern wahrscheinlich ganz grundsätzlich und über politische Lager hinweg nicht auf Zustimmung stoßen. Wenn wir also den Wohlstand sichern wollen, bleibt dieser hohe Migrationsbedarf bestehen.

Das bedeutet: Deutschland wird noch vielfältiger werden. Bei den unter 20-Jährigen liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bereits bei rund 42 Prozent[4], Tendenz steigend. Die jüngeren Kohorten sind ohnehin vielfältiger, und der anhaltend hohe Zuzugsbedarf führt dazu, dass in zehn Jahren etwa 15 Millionen neue Menschen in Deutschland leben könnten. Damit wird der Anteil junger Menschen mit Migrationsgeschichte sehr schnell über die Hälfte steigen. Bis 2030 dürfte dies auch für die Gesamtbevölkerung gelten.

Umso wichtiger ist die Frage, ob das Land für diese Gruppen attraktiv bleiben kann oder ob die rechtsextreme Bedrohungslage dafür sorgt, dass selbst Zugewanderte nach kurzer Zeit wieder gehen. Studien zeigen bereits heute, dass ein Teil der Menschen, die vor einigen Jahren nach Deutschland gekommen sind, weitergewandert ist.[5] Auch Personen der zweiten, dritten und vierten Generation äußern zunehmend, dass sie eine Abwanderung innerhalb der kommenden zwölf Monate für möglich halten.

### Was hat all das nun mit Digitalisierung zu tun?

Die digitale Welt ist eine besonders junge Welt und damit – wie bereits erwähnt – auch eine besonders postmigrantische. Postmigrantisch[6] meint dabei nicht nur, dass viele junge Menschen mit Migrationshintergrund online aktiv sind. Es beschreibt vor allem die Lebensrealitäten, die aus früheren Migrationen entstanden sind und heute selbstverständlich gelebt werden. Kinder und Jugendliche wachsen in diversen Schulen auf, viele ihrer Eltern blicken auf eine ähnliche Sozialisierung zurück. Sie wissen um ihre verschiedenen Zugehörigkeiten und werden trotzdem nicht mehr als beispielsweise nur polenstämmig oder deutschstämmig angesehen. Sie sind vieles gleichzeitig. Diese Überlappungen definieren wir als postmigrantische Lebensrealitäten.

[3] Hackmann, A., Kholodilin, K. A. & Schildmann, T. (2025): Mehr Migration könnte Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft deutlich erhöhen. DIW aktuell Nr. 101. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Online verfügbar unter: [www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.934259.de/diw\\_aktuell\\_101.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.934259.de/diw_aktuell_101.pdf)



[4] Statistisches Bundesamt (Destatis) (2025): Mikrozensus 2024 – Bevölkerung nach Migrationshintergrund, Alter und Geschlecht. Erstergebnisse, Tabelle 12211-01. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

[5] Vgl. unter anderem: Kosyakova, Y., Olbrich, L., Gallegos Torres, K., Hammer, L., Koch, T. & Wagner, S. (2025): Deutschland als Zwischenstation? Rückkehr- und Weiterwanderungsabsichten von Eingewanderten im Lichte neuer Daten des International Mobility Panel of Migrants in Germany (IMPa).; Loschert, F., Leisenheimer, M. & Komitowski, D. (2025): Willkommen zurück? Abwanderungsgründe und Rückwanderungspotenziale von aus Deutschland abgewanderten EU- und Drittstaatsangehörigen. Friedrich-Ebert-Stiftung; InterNations (2024): Expat Insider 2024.

Die digitale Welt bildet diese Realität besonders deutlich ab. Das zeigt sich etwa in den beliebtesten Jugendwörtern der letzten Jahre, die den Coolnessfaktor postmigrantischer Ausdrucksweisen widerspiegeln. Zugleich eröffnet der digitale Raum ein enormes Potenzial, gerade für politische Arbeit. Wir sehen eine stark politisierte Jugend, die online antirassistische, antidiskriminierende und prodemokratische Inhalte entwickelt. Erwachsene übersehen diese Kompetenzen jedoch häufig und tun vieles als „Kinder – oder Jugendkram“ ab. Dabei handelt es sich um hochpolitische Fähigkeiten, die ernst genommen werden müssen.

Die Kehrseite: Auf digitalen Plattformen können sich Hass, Rassismus und Diskriminierung sehr schnell verbreiten und potenzieren. Diese Ambivalenz zwischen Wirkmächtigkeit und Gefahr zugleich macht es notwendig, digitale Räume bewusst zu gestalten. Wir brauchen Strukturen, die die Risiken von Hetze minimieren und gleichzeitig die politischen Potenziale junger postmigrantischer Communitys stärken. Dazu gehört eine Infrastruktur, die Schutz bietet und Professionalisierung ermöglicht. Denn viele postmigrantische Content Creator\*innen arbeiten als Einzelkämpfer\*innen, oft ohne stabile Anbindung an NGOs oder die Zivilgesellschaft. Die einzige Community, die sie häufig haben, ist ihre eigene digitale Community, jedoch ohne analoge Räume, in denen Belastungen verarbeitet und psychosoziale Unterstützung mobilisiert werden kann. Genau daraus entstehen nicht allzu selten Vereinsamung und der frühzeitige Ausstieg aus wichtigen demokratischen Debatten.

Unsere Aufgabe, insbesondere für diejenigen mit Zugang zu Ressourcen, ist es, diese Anbindung zu ermöglichen: digitale Creator\*innen mit der postmigrantischen Zivilgesellschaft zu vernetzen und ein tragfähiges Supportsystem aufzubauen, ohne inhaltlich einzugreifen. Wenn wir einen attraktiven, zukunftsfähigen Plan A für Deutschland gestalten wollen, dann müssen wir genau an dieser Stelle ansetzen: bei der Unterstützung einer jungen, postmigrantischen Generation, die in der digitalen Welt längst politisch aktiv ist.



**[6]** Naika Foroutan (2018): Die postmigrantische Perspektive: Aushandlungsprozesse in pluralen Gesellschaften, in: Hill, M. & Yıldız, E. (Hg.), Postmigrantische Visionen, Bielefeld 2018, S. 15, DOI: 10.14361/9783839439166-004. Eine genauere Erläuterung des Begriffs folgt weiter unten.

# Özgür Özvatan im Gespräch

Interview

**Sie forschen seit vielen Jahren zu Radikalisierung, Migration, Zugehörigkeit und Demokratie. Was hat Sie ursprünglich zu diesen Themen gebracht?**

Mich haben diese Themen nie nur als akademische Fragen interessiert, sondern als etwas, das sich schon immer durch meine Biografie, meine Herkunft und meine Erfahrungen in Berlin gezogen hat. Migration, Zugehörigkeit, Anerkennung oder Ausschluss waren für mich nie theoretische Kategorien, sondern Teil einer alltäglichen Realität. Ich bin in Westberlin, in einem ehemaligen Gastarbeiterviertel aufgewachsen, in dem unterschiedliche Sprachen, Religionen und gesellschaftliche Positionen ständig aufeinanderprallten und zugleich neue Formen des Miteinanders möglich machten. In der Schule, im Fußball, auf der Straße, auf den Bolzplätzen und in den politischen Diskussionen in meiner Familie – überall war spürbar, wer dazugehört und wer nicht, wer mitsprechen darf und wer außen vor bleibt. Das hat mich einerseits unruhig gemacht, andererseits aber auch neugierig auf diese Dynamiken und mögliche Transformationen, die in diesem täglichen Miteinander sichtbar wurden.



© Nassim Rad

Özgür Özvatan

Diese Neugier wurde später im Studium zu einer wissenschaftlichen Motivation. Ich habe gemerkt, dass Migration weniger ein administrativer Vorgang ist als ein Konflikt um Identitäten und darüber, wer das Recht hat, gesellschaftliche Geschichten mitzuschreiben. Radikalisierung wiederum erschien mir nicht als bloße Abweichung, sondern als Reaktion auf systematische Ausschlüsse und fehlende Resonanz. Und ich möchte es an dieser Stelle klar sagen: Radikalität ist nichts Schlechtes. Radikal ist gut, extremistisch ist schlecht. Eine deliberative Demokratie lebt davon, dass Menschen radikal Missstände benennen, sich einmischen, widersprechen, Grenzen verschieben – denn Kritik ist das Elixier jeder lebendigen Demokratie.

Gefährlich wird es dort, wo gesellschaftliche Strukturen Menschen mit radikalen Positionen angreifbar oder isoliert machen. Einsamkeit ist

ein solcher Faktor in individualisierten Wohlstandsgesellschaften. Sie schafft ein Vakuum, das Polarisierungsakteure gezielt ausnutzen. Ihre Strategie ist es, wertvolle radikale Positionen – also das demokratische Beharren auf Gerechtigkeit – in extremistische, antidemokratische Positionen zu überführen. Dieser Übergang ist kein Zufall, sondern ein politisch beabsichtigter Prozess. Und genau das macht ihn so brandgefährlich.

**Sie sprechen über die Gefährdung demokratischer Räume durch digitalisierte Radikalisierungsprozesse. Was war für Sie der Moment, an dem klar wurde, dass digitale Öffentlichkeiten ein zentraler Ort für Ihre Forschung werden müssen?**

Der Übergang in die digitale Welt war für mich kein bestimmter Moment, sondern ein Prozess, der durch viele Beobachtungen gespeist wurde. Schon während meiner Promotion, in der ich unter anderem zu Medieninhalten rechtsradikaler und rechtsextremer Akteure forschte, stellte sich zunehmend die Frage, wie relevant Printmedien und klassische Pressemitteilungen überhaupt noch für die tatsächliche Rezeption in der Gesellschaft sind. Mit jeder Analyse wurde deutlicher, dass die zentralen Auseinandersetzungen längst in digitalen Räumen stattfinden – schneller, emotionaler, vernetzter und weit weniger kontrollierbar als in traditionellen Medienökosystemen.

Zwischen 2021 und 2024 haben wir an der Humboldt-Universität zu Berlin, gemeinsam mit Prof. Naika Foroutan, das Projekt „Deutscher Islam‘ als Alternative zum Islamismus?“ geleitet. Das Projekt hatte das Ziel, die Arbeit gegen islamistisch begründeten Extremismus aus der Perspektive muslimischer Communitys

zu verstehen – also nicht nur die Präventionslogik staatlicher Institutionen, sondern auch die lebensweltlichen Strategien und Spannungsfelder derjenigen, die tagtäglich mit diesen Fragen konfrontiert sind. Um dieses Verständnis zu entwickeln, mussten wir die Angebotsseite islamistischer Akteure in der analogen wie in der digitalen Welt untersuchen. Und aus der wissenschaftlichen Literatur wie aus den Erfahrungen im Projektteam – mit großartigen Kolleg\*innen wie Fatima El Sayed, Nader Hotait, Rami Ali und Enes Saydam – wurde uns sehr schnell bewusst, dass wir Plattformen wie TikTok, Instagram oder YouTube nicht ergänzend behandeln dürfen, sondern maximal gewichten müssen.

Diese Einsicht mit den Routinen einer oft trägen Verwaltung in Einklang zu bringen, war jedoch eine enorme Herausforderung. In den daraus entstehenden Reibungen wurde mir deutlich, dass sich nicht nur Extremisten an digitale Öffentlichkeiten angepasst haben, sondern dass Demokratien das Gleiche tun müssen – institutionell, kommunikativ, organisatorisch.

Für meine eigene wissenschaftliche Arbeit bedeutete dieses prozesshafte Learning eine grundlegende Neuausrichtung: Es geht nicht mehr darum, aus der Distanz zu analysieren, was digital passiert, sondern zu begreifen, dass Demokratie heute digital gelebt, verteidigt und auch angegriffen wird. Digitale Öffentlichkeiten sind nicht der Schauplatz der Zukunft, sondern der Gegenwart – und wer sie nicht ernst nimmt, versteht die Dynamiken politischer Teilhabe und politischer Bedrohungen in unserer Zeit nicht mehr.

**Viele Ihrer Arbeiten beschäftigen sich damit, wie Zugehörigkeit hergestellt oder verweigert wird. Was bedeutet aus Ihrer Perspektive eine postmigrantische digitale Öffentlichkeit? Und was unterscheidet sie von dominanten, mehrheitsgesellschaftlich geprägten Digitalräumen? Lässt sich diese Unterscheidung im Digitalen überhaupt ausmachen?**

Eine postmigrantische digitale Öffentlichkeit beschreibt für mich Räume, in denen die gesellschaftliche Realität Deutschlands – plural, hybrid, mehrsprachig und lebensweltlich eng verwoben – deutlicher sichtbar wird als in vielen analogen Institutionen oder im linearen Medienangebot. Postmigrantisch bedeutet dabei nicht „migrantisch“, sondern weist darauf hin, dass Migration längst kein Randphänomen mehr ist, sondern Teil einer wechselseitigen Verflechtung zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Hinter der scheinbar klaren Zweiteilung in migrantisch und nichtmigrantisch verbergen sich tiefe soziale, kulturelle und politische Verbindungen, die täglich ausgehandelt werden.

In digitalen Räumen werden diese Verflechtungen besonders deutlich. Junge Menschen mit Migrationsgeschichte nutzen Plattformen wie TikTok oder Instagram, um eigene Narrative zu setzen, ihre Erfahrungen sichtbar zu machen und kulturelle Codes zu entwickeln, die in klassischen Medien kaum vorkommen. Die Risiken dieser vergleichsweise offenen Funktionsweise sozialer Netzwerke sind offensichtlich. Zugleich aber ermöglichen sie Stimmen, die über wenig traditionelles Medienkapital verfügen, eine vergleichsweise schnelle Sichtbarkeit für ihre Positionen und Interessen. Genau in dieser Dynamik spiegeln sich die postmigrantischen Verwobenheiten

unserer Gesellschaft. Oft lassen sich ethnische oder religiöse Zugehörigkeiten nicht mehr an vermeintlich „einfachen“ Markern ablesen. Wenn heute ein 15-jähriger Jugendliche zu Palästina spricht, vermuten viele automatisch einen migrantischen Hintergrund. Die Auflösung kann aber sein: Dieser Jugendliche heißt Johannes, hat keinerlei Migrationsgeschichte und setzt sich seit anderthalb Jahren für Solidarität mit Palästinenser\*innen ein. Dieses Beispiel zeigt, wie fluide Identitätszuschreibungen in der digitalen postmigrantischen Gegenwart geworden sind.

Die Schattenseite dieser Entwicklung in Form von rassistischem Hass, sexistischen Kampagnen, religiös motivierten Beleidigungen – überhaupt orchestrierter digitaler Gewalt – ist den Akteur\*innen, wie oben bereits erwähnt, nur zu gut bekannt. Sie sehen sich in der Regel aber diesen Anfeindungen isoliert und ohne Schutzsystem ausgesetzt. Die Folgen sind psychische Belastungen, Selbstzensur oder sogar der vollständige Rückzug aus der Öffentlichkeit.

Auf der anderen Seite existieren Institutionen mit erheblichen Ressourcen: Redaktionen, Parteien, NGOs oder Hochschulen verfügen über professionelle Kommunikationsabteilungen, rechtliche Expertise, Zugang zu Entscheidungsprozessen und Netzwerke, die im Krisenfall stabilisieren könnten. Doch ihnen fehlt oft genau das, was junge postmigrantische Creator\*innen auszeichnet: ästhetische Kompetenz, kulturelle Resonanzfähigkeit und sprachliche Nähe zu den Lebensrealitäten junger Menschen. Dadurch entsteht eine paradoxe Situation: Diejenigen, die kulturelle Modernität und Reichweite besitzen, haben keinen Schutz; und diejenigen, die Schutz bieten könnten, erreichen die relevanten Zielgruppen nicht.

Die Unterscheidung zwischen postmigrantischer und dominanter digitaler Öffentlichkeit ist also durchaus sichtbar, auch wenn die Grenzen fließend sind. Entscheidend ist, dass diese beiden Öffentlichkeiten bisher zu selten vertrauensvoll miteinander verbunden werden. Und gerade in dieser Verbindung – im gegenseitigen Anerkennen, in gemeinsamen Produktionsräumen, in geteilter Verantwortung – liegt ein enormes demokratisches Potenzial, das wir bislang nicht ausreichend nutzen. Damit wir dieses Potenzial nutzen können, arbeiten wir bei Transformakers an der Identifikation solcher Strukturlöcher und an der Beratung von beiden Seiten, damit sie zielführend zueinanderkommen.

**Wenn wir auf die gesellschaftliche Lage blicken, insbesondere auf den Rechtsruck, digitalen Hass und algorithmische Verstärkung von rassistischen Narrativen: Welche wissenschaftlich fundierten Gegenmaßnahmen halten Sie derzeit für am wirksamsten? Und wo stoßen wir an politische oder technologische Grenzen?**

Die Forschung zeigt sehr deutlich, dass wir es nicht mit einer Ansammlung isolierter Probleme zu tun haben, sondern mit einer tiefgreifenden strukturellen Verschiebung demokratischer Öffentlichkeiten. Digitale Räume folgen anderen Logiken als analoge: Geschwindigkeit, Emotionalisierung, algorithmische Belohnungssysteme und die Möglichkeit, Inhalte ohne institutionelle Gatekeeper zu verbreiten, haben die Landschaft politischer Auseinandersetzungen fundamental verändert. Deshalb bleiben klassische Instrumente der Demokratieförderung – politische Bildung, Präventionsarbeit, Medienkompetenz – zwar wichtig, reichen aber bei Weitem nicht aus, um die Dynamiken des digitalen Extremismus zu bremsen oder zu stoppen.

Deutlich sichtbar in der wissenschaftlichen Literatur ist die Dringlichkeit institutioneller Schutzstrukturen. Digitale Gewalt fällt selten zufällig vom Himmel; sie folgt organisierten Mustern, wird strategisch orchestriert und nutzt psychologische Verwundbarkeiten gezielt aus. Betroffen sind vor allem Stimmen, die ohnehin marginalisiert werden: Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Jüdinnen und Juden, Muslim\*innen, queere Personen und junge Menschen, die öffentlich Haltung zeigen. Sie geraten nicht in den Fokus, weil sie inhaltlich extreme Positionen vertreten, sondern weil sie für bestimmte Milieus in einem verzerrenden Kulturkampf symbolisch aufgeladen sind. Die Angriffe sind einschüchternd, traumatisierend und haben reale Folgen. Forschungsbefunde zeigen, dass sich viele Betroffene selbst zensurieren oder vollständig aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Dieser Rückzug ist nicht nur eine persönliche Schutzmaßnahme, sondern ein demokratischer Verlust. Denn genau diese Stimmen würden die digitale Öffentlichkeit pluraler, gerechter und repräsentativer machen. Extremist\*innen profitieren davon, dass wertvolle demokratische Kompetenzen aus dem Diskurs gedrängt werden.

Auf technologischer Ebene liegt eine zentrale Schwierigkeit darin, dass Plattformen kein demokratisches Mandat haben. Ihr Geschäftsmodell basiert auf der Maximierung von Aufmerksamkeit, nicht auf dem Schutz demokratischer Diskursräume. Diese Architektur belohnt extreme Inhalte, starke Emotionen und Polarisierung. Regulierung wie der Digital Services Act ist ein wichtiger Schritt, doch die Durchsetzung ist kompliziert. Algorithmen bleiben intransparent, und selbst politische Interventionen laufen ins Leere, wenn Unternehmen ökonomische Gründe haben, die Funktionsweise ihrer Plattformen nicht substanziell zu verändern. Wissenschaftlich ist gut belegt, dass Interventionsformen wie

„Gegenrede“ oder individuelle Resilienzstrategien nur punktuell wirken. Strukturelle Veränderungen benötigen politischen Druck, transnationale Kooperation und ein genaues Verständnis dafür, wie algorithmische Öffentlichkeiten Macht und Aufmerksamkeit verteilen.

Eine weitere Grenze liegt im politischen Willen. Viele demokratische Institutionen unterschätzen nach wie vor, wie stark sich die Verschiebung in die digitale Öffentlichkeit bereits vollzogen hat. Sie handeln anachronistisch, kommunizieren in Formaten, die kaum Resonanz erzeugen, und behandeln digitale Bedrohungen wie analoge Konflikte. Dadurch entsteht ein strategischer Vorteil für extremistische Akteure: Sie handeln schneller, opportunistischer und mit einem klaren Verständnis davon, wie digitale Erregungsökonomien funktionieren. Sie nutzen das, was ich eine „empörungsbasierte Mobilisierungsvorteilsstruktur“ nenne. Demokrat\*innen hingegen halten an veralteten Verfahren fest und geraten dadurch ins Hintertreffen.

Was wir brauchen, ist eine große Transformation. Wir müssen akzeptieren, dass digitale Räume der primäre Ort politischer Sozialisation geworden sind. Demokratie wird dort gelebt – oder sie wird dort untergraben. Und wenn wir digitale Räume als demokratische Räume ernst nehmen, müssen wir nicht nur technologisch denken, sondern relational. Die Forschung zeigt, dass Vertrauen ein entscheidender Faktor gegen digitale Radikalisierung ist. Genau hier existiert eine große Lücke zwischen zivilgesellschaftlichen Institutionen und jungen, postmigrantischen Communitys. Viele dieser Jugendlichen haben kein Vertrauen in Staat, Politik und Medien, fühlen sich von traditionellen Institutionen nicht repräsentiert und erleben im Alltag Formen institutioneller Diskriminierung. Gleichzeitig sind sie es, die täglich digitale Debatten prägen, anstoßen und vorantreiben.

Der vielleicht wichtigste wissenschaftlich gestützte Gegenansatz besteht daher darin, Vertrauen zu institutionalisieren. Das bedeutet nicht, paternalistisch „aufzuklären“, sondern gemeinsam hybride Schutzräume zu schaffen, in denen Creator\*innen selbst bestimmen können, wie sie sicher agieren – und aus diesen Räumen heraus konstruktiv in verschiedene Zielgruppen hineinwirken. Es bedeutet auch, gesellschaftliche Konflikte nicht zu beschönigen. Demokratie wird nicht durch Harmonie stark, sondern durch die Fähigkeit, Konflikte plural und respektvoll auszutragen, ohne sie in Feindbilder zu verwandeln. Doch aktuell beobachten wir, wie „Kulturkämpfer\*innen“ und Polarisierungsakteur\*innen auf dem politischen Parkett von staatlichen Institutionen wie Ministerien und von politischen Parteien hofiert werden.

Das ist ein Irrweg, der Deutschland nachhaltig schaden wird – gesellschaftlich, ökonomisch, politisch. Er produziert Misstrauen, Frustration und Abwanderungspläne in einer Zeit, in der wir eigentlich dringend an einem gemeinsamen „Plan A Deutschland“ arbeiten müssten. Gemeinsam mit imagineers lab setzen wir uns mit der Frage auseinander, was es in einer postmigrantischen Gesellschaft braucht, um die omnipräsenten Gespräche über den „Plan B im Ausland“ konstruktiv in einen lebbar und zukunftsfähigen „Plan A Deutschland“ zu übersetzen.

### **Schließlich: Was würden Sie jungen Menschen mitgeben, die den digitalen Raum demokratischer machen möchten?**

Ich will ihnen vor allem mitgeben, dass sie diese Aufgabe nicht als individuelle Heldengeschichte verstehen müssen. Digitale Räume erzeugen oft den Eindruck, dass man allein auftreten, allein bestehen, allein kommunizieren und allein aushalten müsse. Das ist eine gefährliche Illusion, weil sie Menschen in Situationen bringt,

für die niemand alleine ausgerüstet ist. Es ist wichtig zu wissen, dass man Verbündete braucht – nicht im Sinne eines taktischen Netzwerks, sondern im Sinne tragfähiger Beziehungen. Demokratie ist ein kollektiver Prozess, und im digitalen Raum gilt das noch stärker: Resonanz entsteht durch geteilte Verantwortung, durch gegenseitiges Auffangen, durch Vertrauen.

Was ich jungen Menschen auch mitgeben möchte, ist, dass ihre Perspektiven wertvoll sind – nicht als exotische Stimmen oder als Projektionsflächen gesellschaftlicher Vielfalt, sondern als integraler Teil unserer demokratischen Gegenwart. Die postmigrantischen Generationen, die heute digital sozialisiert werden, tragen Narrative in sich, die Deutschland dringend braucht: die Fähigkeit, Widersprüche auszuhalten, mehrsprachig und hybrid zu denken, globale und lokale Erfahrungen zu verbinden, die Welt nicht entlang alter Kategorien aufzuteilen. Diese Perspektiven sind kein „Bonus“, sondern die Bedingung dafür, dass dieses Land in Zukunft plural, demokratisch und innovativ bleibt.

Genauso wichtig ist es zu vermitteln, dass Selbstfürsorge kein Rückzug aus der Demokratie ist. Viele junge Menschen unterschätzen, wie destruktiv digitaler Hass wirken kann, besonders wenn er systematisch und politisch motiviert ist. Es ist legitim, sich zurückzunehmen, Grenzen zu setzen, Pausen zu machen. Demokratie braucht widerständige Menschen, aber sie braucht keine erschöpften. Die eigene Verletzlichkeit ernst zu nehmen heißt nicht, schwach zu sein; es bedeutet, den digitalen Raum als politischen Raum zu begreifen, in dem Schutz, Solidarität und Regeneration unabdingbar sind.

Gleichzeitig sollten sich junge Menschen bewusst sein, dass sie den digitalen Raum bereits heute wesentlich prägen – durch ihre

Sprache, ihre Ästhetiken, ihre kulturellen Mischformen, ihre kreativen Irritationen. Die digitale Öffentlichkeit ist nicht „da draußen“. Sie ist der Ort, an dem Zugehörigkeit neu verhandelt wird, an dem politische Identitäten entstehen und an dem Gesellschaft in Echtzeit ausgehandelt wird. Wer sich einmischt, verändert etwas. Kleine Interventionen können große Wirkung entfalten, wenn sie eingebettet sind in eine Community, die trägt.

Ich würde ihnen deshalb Mut machen, sich nicht auf die alten Kategorien einzulassen, die ihnen erklären wollen, was „politisch“, „seriös“ oder „vertretbar“ sei. Die Zukunft der Demokratie wird nicht durch die Wiederholung vergangener Formen entschieden, sondern durch neue Praktiken, die junge Menschen längst erproben. Der digitale Raum wird dann demokratischer, wenn sie ihn nicht als Ort des bloßen Kommentierens begreifen, sondern als Ort der Beziehungspflege, der gemeinsamen Kreativität, der pluralen Konfliktfähigkeit.

Und schließlich würde ich ihnen mitgeben, dass demokratische Hoffnung nicht naiv sein muss. Sie entsteht dann, wenn Menschen spüren, dass ihre Stimme Wirkung hat und dass ihr Blick auf die Welt nicht nur geduldet, sondern gebraucht wird. In einer Zeit, in der viele über einen „Plan B“ im Ausland nachdenken, braucht es genau dieses Bewusstsein: Wer bleibt, gestaltet. Und wer gestaltet, schafft die Möglichkeit eines „Plan A Deutschland“, der nicht durch Angst zusammengehalten wird, sondern durch die Kompetenzen einer postmigrantischen Gesellschaft.

# Impressum

## Herausgebende

Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa/Zukunft D  
Sophienstraße 28/29  
10178 Berlin  
[www.schwarzkopf-stiftung.de](http://www.schwarzkopf-stiftung.de)  
[www.zukunftd.org](http://www.zukunftd.org)  
Dezember 2025

## Autor\*innen

Dr. Özgür Özvatan, Vinya Mehta, Julia Steenpaß,  
Friedrich Landenberger

## Lektorat

Bärbel Philipp/textperlen.de

## Layout

Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt.

## Inhaltliche Verantwortung

Friedrich Landenberger

Dies ist eine Publikation der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa im Projekt Zukunft D. Sie wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMBFSFJ oder des BafzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor\*innen die Verantwortung.

@schwarzkopfstiftung  
[www.schwarzkopf-stiftung.de](http://www.schwarzkopf-stiftung.de)

## Ein Programm der

Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa

  
Schwarzkopf  
Stiftung  
JUNGES EUROPA

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**